Ein Service der Verbraucherzentrale

Musterbrief:

Zurückweisung unberechtigte Rechnung Rundfunkbeitrag

Stand: 11/2026

So verwenden Sie diesen Musterbrief

1. Kopieren Sie den Text (unterhalb der roten Linien – von „Absender“ bis „Unterschrift“) in ein Textverarbeitungsprogramm (etwa Microsoft Word, Open Office) – oder für den Mailversand in eine E-Mail.
2. Ergänzen Sie ihn mit Ihren Angaben – etwa Kundennummer, Anschrift des Unternehmens und sonstige erforderlichen Angaben. Löschen Sie die kursiven Platzhalter. Unterschreiben Sie den Brief per Hand, wenn Sie ihn per Post versenden.
3. Schicken Sie den Brief per Post (Einwurfeinschreiben) und bewahren Sie Einlieferungs- und Auslieferungsbeleg gut auf. Beim Versand per Mail: Achten Sie auf eine Eingangsbestätigung. **Wichtig**: Das Einwurfeinschreiben ist rechtlich der sicherste Weg, um den fristgerechten Eingang nachzuweisen.

   Bitte senden Sie den Brief nicht an die Verbraucherzentrale.

ab hier Text bitte kopieren

(Absender:)
Michaela Muster
Musterweg 1
99999 Musterstadt

An:
Name und Anschrift des Unternehmens / Anbieters

Datum

Ihre unberechtigte Rechnung vom … (Datum eintragen) **mit Bitte um Rückzahlung** (falls schon bezahlt)

Kunden-Nr.: *(falls Ihnen eine bekannt ist, bitte hier eintragen; sonst löschen)*

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom … (Datum eintragen) machen Sie einen Betrag in Höhe von 29,99 EUR für die angebliche Inanspruchnahme einer Online-Serviceleistung zum Rundfunkbeitrag gegen mich geltend.

Ich bestreite, dass der Abschluss eines kostenpflichtigen Vertrags auf der betroffenen Internetseite www.service-rundfunkbeitrag.de überhaupt hinreichend kenntlich gemacht war, da ich in Kenntnis dieser Umstände keine Bestellung getätigt hätte.

Insofern mache ich Sie auf Ihre Beweislast aus § 312m Abs. 2 BGB aufmerksam. Danach trägt der Unternehmer die Beweislast auch dafür, dass er dem Verbraucher die **Informationen über die wesentlichen Merkmale der Dienstleistung sowie den Preis unmittelbar vor Abgabe seiner Bestellung klar und verständlich in hervorgehobener Weise** zur Verfügung gestellt hat (§ 312j Abs. 2 BGB).

Selbst wenn aufgrund der behaupteten Bestellung ein Vertrag zustande gekommen sein sollte, ist dieser jedenfalls nichtig nach § 138 BGB. Ihr Formular ist praktisch identisch mit denen, die auf www.rundfunkbeitrag.de zur Verfügung gestellt werden, ohne dass mit der Nutzung Ihrer Seite irgendein Zusatznutzen verbunden ist. Sie berechnen somit für die bloße automatisierte Übermittlung der von mir eingegebenen Daten ein Entgelt von 29,99 EUR. Dies erfüllt den Wuchertatbestand bzw. ist jedenfalls als wucherähnlich anzusehen. Ich bin auf Ihre Seite nur deswegen hereingefallen, weil Sie durch geschickt platzierte Google-Anzeigen dafür sorgen, dass Verbraucher:innen auf Ihre Webseite gelangen. Auf Ihrer Seite fordern Sie bereits zur Eingabe von Daten auf, ohne dass irgendein Hinweis auf den Preis erfolgt. Soweit auf der folgenden Seite ein Preis genannt wird, ist nicht hinreichend klar erkennbar, dass es sich dabei um ein Entgelt für die bloße Übermittlung der Daten an den Beitragsservice handelt.

Hätte ich erkannt, dass Sie ein Entgelt von 29,99 EUR allein dafür berechnen, dass Sie die von mir eingegebenen Daten an den Beitragsservice übermitteln, hätte ich die Seite keinesfalls genutzt.

Vorsorglich verlange ich außerdem die Vertragsauflösung und Rückabwicklung als Schadenersatzanspruch aus § 311 Abs. 2 i.V.m. § 280 BGB wegen der Verletzung von vorvertraglichen Informationspflichten gemäß § 312j Abs. 2 BGB sowie aus § 9 Abs. 2 UWG wegen der darin gleichzeitig bestehenden unzulässigen geschäftlichen Handlung gemäß § 3 Abs. 1 i.V.m. §§ 5, 5b UWG. Vorsorglich erkläre ich ferner

- die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung sowie
- eines Irrtums über den Inhalt der abgegebenen Willenserklärungen und
- weil ich eine solche Erklärung überhaupt nicht abgeben wollte (Erklärungsirrtum)

Schließlich erkläre ich vorsorglich den Widerruf nach §§ 312g Abs. 1, 312c, 355 BGB. Die Bestätigung, dass Sie gegen mich keine Ansprüche aus dem o.g. Vertrag mehr geltend machen, erwarte ich

bis zum ... (Datum 14 Tage ab Datum dieses Schreibens).

[Oder, wenn Sie schon bezahlt haben:

Schließlich fordere ich Sie auf den bereits bezahlten Betrag in Höhe von ... EUR zurück auf folgendes Konto ... (IBAN eintragen) bei der ... (Bankinstitut einsetzen) zu überweisen.

Die Rückzahlung erwarte ich

bis zum ... (Datum 14 Tage b Datum dieses Schreibens).

Da es sich nunmehr um eine bestrittene Forderung handelt, weise ich ausdrücklich auf die Unzulässigkeit einer Übermittlung von Daten an Auskunfteien gem. § 37a Abs. 3 S. 1 Nr. 4d Bundesdatenschutzgesetz hin.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)